

**Entwurf eines Änderungsantrages
der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD
zu dem Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches
Sozialgesetzbuch (Drucksache 18/8041)**

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/8041 mit folgenden Maßga-
ben, im Übrigen unverändert, anzunehmen:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 wird Buchstabe b wie folgt gefasst:
 - ,b) Absatz 2a wird wie folgt gefasst:

„(2a) Die Agentur für Arbeit hat darauf hinzuwirken, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die

 1. nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, an einem Integrationskurs nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes teilnehmen, oder
 2. darüber hinaus notwendige berufsbezogene Sprachkenntnisse benötigen, an der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a des Aufenthaltsgesetzes teilnehmen,sofern sie teilnahmeberechtigt sind und nicht unmittelbar in eine Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden können und ihnen eine Teilnahme an einem Integrationskurs oder an der berufsbezogenen Deutschsprachförderung daneben nicht zumutbar ist. Für die Teilnahmeberechtigung, die Verpflichtung zur Teilnahme und die Zugangsvoraussetzungen gelten die Bestimmungen der §§ 44, 44a und 45a des Aufenthaltsgesetzes sowie des § 9 Absatz 1 Satz 1 des Bundesvertriebenengesetzes in Verbindung mit der Integrationskursverordnung und der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung. Eine Verpflichtung zur Teilnahme ist in die Eingliederungsvereinbarung als vorrangige Maßnahme aufzunehmen.“
 - b) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
 - ,4. ,§ 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

„Wird eine Leistung aufgrund eines Antrages nach Satz 1 von einem anderen Träger nach § 66 des Ersten Buches bestandskräftig entzogen oder versagt, sind die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach diesem Buch ganz oder teilweise so lange zu entziehen oder zu versagen, bis die leistungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung nach den §§ 60 bis 64 des Ersten Buches gegenüber dem anderen Träger nachgekommen ist. Eine Entziehung oder Versagung nach Satz 3 ist nur möglich, wenn die leistungsberechtigte Person vom zuständigen Leistungsträger nach diesem Buch zuvor schriftlich auf diese Folgen hingewiesen wurde. Wird die Mitwirkung gegenüber dem anderen Träger nachgeholt, ist die Versagung oder Entziehung rückwirkend aufzuheben. Die Sätze 3 bis 5 gelten nicht für die vorzeitige Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters.“
 - b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem Ersten Abschnitt des Dritten Kapitels werden nicht an oder für erwerbsfähige Leistungsberechtigte erbracht, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Teilarbeitslosengeld haben.“
 - c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 Satz 3 Nummer 2 werden nach den Wörtern „einer stationären Einrichtung“ die Wörter „nach Satz 1“ eingefügt.
- b) Die Absätze 5 und 6 werden wie folgt gefasst:
 - „(5) Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes dem Grunde nach förderungsfähig ist, haben über die Leistungen nach § 27 hinaus keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Satz 1 gilt auch für Auszubildende, deren Bedarf sich nach § 61 Absatz 2 und 3, § 62 Absatz 3, § 123 Absatz 1 Nummer 2 und 3 sowie § 124 Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 3 des Dritten Buches bemisst.
 - (6) Absatz 5 Satz 1 ist nicht anzuwenden auf Auszubildende,
 1. die auf Grund von § 2 Absatz 1a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung haben,
 2. deren Bedarf sich nach § 12, § 13 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 oder nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bemisst und die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - a) erhalten oder nur wegen der Vorschriften zur Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nicht erhalten oder
 - b) beantragt haben und über deren Antrag das zuständige Amt für Ausbildungsförderung noch nicht entschieden hat; lehnt das zuständige Amt für Ausbildungsförderung die Leistungen ab, findet Absatz 5 mit Beginn des folgenden Monats Anwendung, oder
 3. die eine Abendhauptschule, eine Abendrealschule oder ein Abendgymnasium besuchen, sofern sie aufgrund des § 10 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung haben.“
- d) Nummer 9 Buchstabe b wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „Folgende Absätze 6 und 7 werden“ werden durch die Wörter „Folgender Absatz 6 wird“ ersetzt.
 - bb) Absatz 7 wird gestrichen.
- e) In Nummer 12 wird § 15 Absatz 2 wie folgt geändert:
 - aa) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Nummer 1 wird gestrichen.
 - bbb) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 1.
 - ccc) Folgende Nummer 2 wird eingefügt:
 - „2. welche Bemühungen erwerbsfähige Leistungsberechtigte in welcher Häufigkeit zur Eingliederung in Arbeit mindestens unternehmen sollen und in welcher Form diese Bemühungen nachzuweisen sind,“.
 - bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:
 - „Die Eingliederungsvereinbarung kann insbesondere bestimmen, in welche Tätigkeiten oder Tätigkeitsbereiche die leistungsberechtigte Person vermittelt werden soll.“
- f) Nach Nummer 14 werden folgende Nummern 14a und 14b eingefügt:
 - „14a. § 16d wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

- „Abweichend von Satz 1 können erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Ablauf der 24 Monate bis zu zwölf weitere Monate in Arbeitsgelegenheiten zugewiesen werden, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 und 5 weiterhin vorliegen.“
- b) In Absatz 8 werden das Komma sowie die Wörter „einschließlich der Kosten, die bei besonderem Anleitungsbedarf für das erforderliche Betreuungspersonal entstehen,“ gestrichen und folgender Satz wird angefügt:
- „Hierzu können auch Personalkosten gehören, die entstehen, wenn eine besondere Anleitung, eine tätigkeitsbezogene Unterweisung oder eine sozialpädagogische Betreuung notwendig ist.“
- 14b. Dem § 16e Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
- „Auf Antrag können dem Arbeitgeber während der Förderung des Arbeitsverhältnisses die erforderlichen Kosten einer notwendigen sozialpädagogischen Betreuung erstattet werden.“
- g) In Nummer 15 Buchstabe b wird Absatz 2 Satz 1 wie folgt gefasst:
- „Zur nachhaltigen Eingliederung in Arbeit können Leistungen nach dem Ersten Abschnitt des Dritten Kapitels, nach § 44 oder § 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Dritten Buches oder nach § 16a oder § 16f bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit der oder des Erwerbsfähigen aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist.“
- h) Nach Nummer 16 wird folgende Nummer 16a eingefügt:
- 16a. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
- „(1) Die zuständigen Träger der Leistungen arbeiten im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse mit den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie den weiteren Beteiligten des örtlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes zusammen, insbesondere mit den
1. Leistungsträgern im Sinne des § 12 des Ersten Buches sowie Trägern von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz,
 2. Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
 3. Kammern und berufsständischen Organisationen,
 4. Ausländerbehörden und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
 5. allgemein- und berufsbildenden Schulen und Stellen der Schulverwaltung sowie Hochschulen,
 6. Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstigen Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens sowie
 7. Trägern der freien Wohlfahrtspflege und Dritten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen.
- (2) Die Zusammenarbeit mit den Stellen nach Absatz 1 erfolgt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit insbesondere, um
1. eine gleichmäßige oder gemeinsame Durchführung von Maßnahmen zu beraten oder zu sichern und
 2. Leistungsmissbrauch zu verhindern oder aufzudecken.

Dies gilt insbesondere, wenn

1. Hemmnisse bei der Eingliederung der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in Ausbildung und Arbeit nur unter Einbeziehung der gesamten Bedarfsgemeinschaft beseitigt werden können und für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft die Erbringung weiterer Leistungen erforderlich ist, oder
 2. zur Eingliederung insbesondere sozial benachteiligter und individuell beeinträchtigter junger Menschen zwischen den nach Absatz 1 beteiligten Stellen und Einrichtungen abgestimmte, den individuellen Bedarf deckende Leistungen erforderlich sind.“
- b) Absatz 1a wird aufgehoben.
- c) Die Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5.“
- i) Nummer 17 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:
„b) Folgender Halbsatz wird angefügt:
„Stellungnahmen des Beirats, insbesondere diejenigen der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hat die gemeinsame Einrichtung zu berücksichtigen.““
- j) In Nummer 23 Buchstabe c werden in Absatz 3 nach Satz 1 folgende Sätze eingefügt:
„Eine besondere Härte ist auch anzunehmen, wenn Auszubildenden, deren Bedarf sich nach § 12 oder 13 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bemisst, auf Grund von § 10 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes keine Leistungen zustehen, diese Ausbildung im Einzelfall für die Eingliederung der oder des Auszubildenden in das Erwerbsleben zwingend erforderlich ist und ohne die Erbringung von Leistungen zum Lebensunterhalt der Abbruch der Ausbildung droht; in diesem Fall sind Leistungen als Zuschuss zu erbringen. Satz 2 gilt nur für Ausbildungen, die vor dem 31. Dezember 2020 begonnen wurden.“
- k) Nummer 24 wird wie folgt gefasst:
„24. § 28 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Kindertageseinrichtung besuchen“ durch die Wörter „Tageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird“ ersetzt.
- b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:
„Abweichend von Satz 1 werden bei Schülerinnen und Schülern, die im jeweiligen Schuljahr nach den in Satz 1 genannten Stichtagen erstmalig oder aufgrund einer Unterbrechung ihres Schulbesuches erneut in eine Schule aufgenommen werden, für den Monat, in dem der erste Schultag liegt, 70 Euro berücksichtigt, wenn dieser Tag in den Zeitraum von August bis Januar des Schuljahres fällt, oder 100 Euro berücksichtigt, wenn dieser Tag in den Zeitraum von Februar bis Juli des Schuljahres fällt.““
- l) In Nummer 27 wird Buchstabe a wie folgt gefasst:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Wer nach Vollendung des 18. Lebensjahres vorsätzlich oder grob fahrlässig die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen nach diesem Buch an sich oder an Personen, die mit ihr oder ihm in einer Bedarfsgemeinschaft leben, ohne

wichtigen Grund herbeigeführt hat, ist zum Ersatz der deswegen erbrachten Geld- und Sachleistungen verpflichtet. Als Herbeiführung im Sinne des Satzes 1 gilt auch, wenn die Hilfebedürftigkeit erhöht, aufrechterhalten oder nicht verringert wurde. Sachleistungen sind, auch wenn sie in Form eines Gutscheins erbracht wurden, in Geld zu ersetzen. § 40 Absatz 6 Satz 2 gilt entsprechend. Der Ersatzanspruch umfasst auch die geleisteten Beiträge zur Sozialversicherung. Von der Geltendmachung eines Ersatzanspruchs ist abzusehen, soweit sie eine Härte bedeuten würde.“

- m) Nummer 28 Buchstabe b wird wie folgt geändert:
 - aa) Doppelbuchstabe bb wird wie folgt gefasst:
 - ,bb) Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
 - „Sachleistungen sind, auch wenn sie in Form eines Gutscheins erbracht wurden, in Geld zu ersetzen. § 40 Absatz 6 Satz 2 gilt entsprechend. Der Ersatzanspruch umfasst auch die geleisteten Beiträge zur Sozialversicherung entsprechend § 40 Absatz 2 Nummer 5.“
 - bb) Doppelbuchstabe cc wird gestrichen.
 - n) Nach Nummer 32 wird folgende Nummer 32a eingefügt:
 - ,32a. In § 37 Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „§ 41 Absatz 1 Satz 4 beziehungsweise 5“ durch die Angabe „§ 41 Absatz 3“ ersetzt. ‘
 - o) Nummer 34 wird wie folgt geändert:
 - aa) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
 - ,a) In Absatz 1 wird Satz 2 wie folgt gefasst:
 - „Abweichend von Satz 1 gilt § 44 des Zehnten Buches mit der Maßgabe, dass
 - 1. rechtswidrige nicht begünstigende Verwaltungsakte nach den Absätzen 1 und 2 nicht später als vier Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem der Verwaltungsakt bekanntgegeben wurde, zurückzunehmen sind; ausreichend ist, wenn die Rücknahme innerhalb dieses Zeitraumes beantragt wird,
 - 2. anstelle des Zeitraums von vier Jahren nach Absatz 4 Satz 1 ein Zeitraum von einem Jahr tritt.“
 - bb) Die bisherigen Buchstaben a bis f werden die Buchstaben b bis g.
 - cc) In Buchstabe c werden in § 40 Absatz 5 Satz 1 nach den Wörtern „Verstirbt eine leistungsberechtigte Person“ die Wörter „oder eine Person, die mit der leistungsberechtigten Person in häuslicher Gemeinschaft lebt“ eingefügt.
 - p) In Nummer 36 wird in § 41a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 7 Satz 1 jeweils das Wort „Geldleistungen“ durch die Wörter „Geld- und Sachleistungen“ ersetzt.
 - q) Nummer 37 wird wie folgt geändert:
 - aa) In § 42 Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 werden die Wörter „Kalendermonate bereits in Anspruch“ durch die Wörter „Kalendermonate in Anspruch“ ersetzt.
 - bb) In § 42 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
 - „Die Abtretung und Übertragung nach § 53 Absatz 2 des Ersten Buches bleibt unberührt.“
 - r) Nummer 49 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Buchstabe a wird folgender Buchstabe b eingefügt:

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Die Bestimmungen des Absatzes 1 Nummer 1, 4, 5, 6 und 7 gelten auch in Verbindung mit § 6b Absatz 1 Satz 2 oder § 44b Absatz 1 Satz 2 erster Halbsatz.“

bb) Der bisherige Buchstabe b wird Buchstabe c.

s) Nach Nummer 50 wird folgende Nummer 50a eingefügt:

„50a. § 65 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Ist eine leistungsberechtigte Person in einer Gemeinschaftsunterkunft ohne Selbstversorgungsmöglichkeit untergebracht, kann der Anspruch auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, soweit er sich auf Ernährung und Haushaltsenergie bezieht, bis zum Ablauf des 31. Dezember 2018 in Form von Sachleistungen erfüllt werden. Der Wert der Sachleistung nach Satz 1 beträgt

1. bei Erwachsenen, bei denen der Regelbedarf für eine alleinstehende Person anerkannt wird, 156 Euro,
2. bei den übrigen Erwachsenen 140 Euro,
3. bei Kindern von 0 bis unter 6 Jahren 83 Euro,
4. bei Kindern von 6 bis unter 14 Jahren 106 Euro und
5. bei Jugendlichen von 14 bis unter 18 Jahren 137 Euro.

Wird die Sachleistung im Auftrag oder mit Zustimmung der Agentur für Arbeit durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Träger oder einen privaten Dritten erbracht, gilt dies als Leistung nach diesem Buch. Die Agentur für Arbeit hat dem öffentlich-rechtlichen Träger der Gemeinschaftsunterkunft oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, dem privaten Betreiber der Gemeinschaftsunterkunft Aufwendungen für die Verpflegung einschließlich Haushaltsstrom in Höhe der in Satz 2 benannten Beträge zu erstatten. Bei Teilnahme von Kindern und Jugendlichen im Sinne des Satzes 2 Nummer 3 bis 5 an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung, in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege gilt § 28 Absatz 6 Satz 1 mit der Maßgabe, dass die entstehenden Aufwendungen berücksichtigt werden.“

t) In Nummer 53 werden in § 80 Absatz 2 Nummer 1 die Wörter „§ 41a Absatz 4 Satz 1“ durch die Wörter „§ 41a Absatz 5 Satz 1“ ersetzt.

2. In Artikel 2 wird nach Nummer 1 folgende Nummer 1a eingefügt:

1a. § 9 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Agenturen für Arbeit arbeiten zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie den weiteren Beteiligten des örtlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes zusammen, insbesondere mit den

1. Leistungsträgern im Sinne des § 12 des Ersten Buches sowie Trägern von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz,
2. Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
3. Kammern und berufsständischen Organisationen,
4. Ausländerbehörden und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,

5. allgemein- und berufsbildenden Schulen und Stellen der Schulverwaltung sowie Hochschulen,
6. Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstigen Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens sowie
7. Trägern der freien Wohlfahrtspflege und Dritten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen.

Die Zusammenarbeit mit den Stellen nach Satz 1 erfolgt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit insbesondere, um

1. eine gleichmäßige oder gemeinsame Durchführung von Maßnahmen zu beraten oder zu sichern und
2. Leistungsmissbrauch zu verhindern oder aufzudecken.

Die Agenturen für Arbeit sollen ihre Planungen rechtzeitig mit Trägern von Maßnahmen der Arbeitsförderung erörtern.““

3. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 wird nach Nummer 3 folgende Nummer 3a eingefügt:

„3a. In § 28 Absatz 5 werden die Wörter „Abs. 3 Satz 1 und 2 oder“ gestrichen.“

- b) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2163) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 27a werden die Sätze 3 und 4 aufgehoben.
2. In § 30 Absatz 5 werden die Sätze 4 und 5 wie folgt gefasst:

„Der Mittelwert aus den drei Jahren ist um den Prozentsatz anzupassen, der sich aus der Summe der für die Rentenanpassung des laufenden Jahres sowie des Vorjahres maßgebenden Veränderungsrate der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (§ 68 Absatz 2 in Verbindung mit § 228b des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch) ergibt; die Veränderungsrate werden jeweils bestimmt, indem der Faktor für die Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um eins vermindert und durch Vervielfältigung mit 100 in einen Prozentsatz umgerechnet wird. Das Vergleichseinkommen wird zum 1. Juli eines jeden Jahres neu festgesetzt; wenn das nach den Sätzen 1 bis 6 errechnete Vergleichseinkommen geringer ist, als das bisherige Vergleichseinkommen, bleibt es unverändert.“

3. § 56 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Gleichzeitig wird der Bemessungsbetrag (§ 33 Absatz 1) entsprechend dem Prozentsatz angepasst, um den sich die für die Rentenanpassung maßgebenden Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (§ 68 Absatz 2 in Verbindung mit § 228b des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch) verändern.““

- c) Dem Absatz 8 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. In § 116a wird der Wortlaut wie folgt gefasst:

„§ 44 des Zehnten Buches gilt mit der Maßgabe, dass

1. rechtswidrige nicht begünstigende Verwaltungsakte nach den Absätzen 1 und 2 nicht später als vier Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem der Verwaltungsakt bekanntgegeben wurde, zurückzunehmen sind; ausreichend ist, wenn die Rücknahme innerhalb dieses Zeitraumes beantragt wird,

2. anstelle des Zeitraums von vier Jahren nach Absatz 4 Satz 1 ein Zeitraum von einem Jahr tritt.““
- d) Absatz 9 wird wie folgt gefasst:
- „(9) Das Asylbewerberleistungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. März 2016 (BGBl. I S. 390) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 7b wird aufgehoben.
 2. § 9 Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„§ 44 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass
 3. rechtswidrige nicht begünstigende Verwaltungsakte nach den Absätzen 1 und 2 nicht später als vier Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem der Verwaltungsakt bekanntgegeben wurde, zurückzunehmen sind; ausreichend ist, wenn die Rücknahme innerhalb dieses Zeitraumes beantragt wird,
 4. anstelle des Zeitraums von vier Jahren nach Absatz 4 Satz 1 ein Zeitraum von einem Jahr tritt.““
- e) In Artikel 3 Absatz 11 wird in § 11 Absatz 6 Satz 2 gestrichen.
- f) Absatz 12 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:
1. § 68 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
„(4) Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind auch behinderte Jugendliche und junge Erwachsene (§ 2 Absatz 1) während der Zeit einer Berufsausbildung in Betrieben und Dienststellen oder einer beruflichen Orientierung, auch wenn der Grad der Behinderung weniger als 30 beträgt oder ein Grad der Behinderung nicht festgestellt ist. Der Nachweis der Behinderung wird durch eine Stellungnahme der Agentur für Arbeit oder durch einen Bescheid über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht. Die Gleichstellung gilt nur für Leistungen des Integrationsamtes im Rahmen der beruflichen Orientierung und der Berufsausbildung im Sinne des § 102 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c.“
 2. In § 102 Absatz 2 Satz 3 werden nach der Angabe „15 Stunden“ ein Komma sowie die Wörter „in Integrationsprojekten mindestens 12 Stunden“ eingefügt.
 3. In § 102 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Bildungsmaßnahmen“ die Wörter „sowie nachrangig zur beruflichen Orientierung“ eingefügt.“
- bb) Die bisherigen Nummern 1 bis 3 werden die Nummern 4 bis 6.
- g) Die folgenden Absätze 14 und 15 werden angefügt:
- „(14) Dem § 251 Absatz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2018) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:
- „Ist der Antrag im Ausland zuzustellen, bestimmt das Gericht die Frist nach Satz 2 Nummer 3.“

(15) § 14 Absatz 1 der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung vom 28. März 1988 (BGBl. I S. 484), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2959) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 3 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
2. In Nummer 4 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
3. Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 angefügt:
„5. Maßnahmen der beruflichen Orientierung.“
4. Artikel 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden die Wörter „Artikel 3 Absatz 1, 3 und 6 bis 9“ durch die Wörter „Artikel 3 Absatz 1, 3, 6 bis 9 und 14“ ersetzt.
 - b) ,Dem Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) Artikel 3 Absatz 7 Nummer 2 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2016 in Kraft.“

Begründung

Zu Nummer 1 (Änderung des Artikels 1 - SGB II)

Zu Buchstabe a (Nummer 3 - § 3 Absatz 2b)

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20. Oktober 2015 wurde erstmals die berufsbezogene Deutschsprachförderung im Aufenthaltsgesetz verankert (§ 45a Aufenthaltsgesetz). Damit wurde neben dem bis Ende des Jahres 2017 auslaufenden ESF-BAMF-Programm zur berufsbezogenen Deutschsprachförderung erstmals eine ausschließlich aus Bundesmitteln finanzierte berufsbezogene Deutschsprachförderung eingeführt. Die berufsbezogene Deutschsprachförderung dient dem Spracherwerb, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Davon können insbesondere Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch profitieren, aber auch Arbeit- und Ausbildungsuchende sowie Personen im Berufsanerkennungsverfahren. Die Verpflichtung der Jobcenter, auf die Teilnahme an einem Integrationskurs hinzuwirken, muss daher im Hinblick auf die berufsbezogene Deutschsprachförderung erweitert werden. Damit soll nicht nur eine berufliche Perspektive eröffnet, sondern auch die Chance auf eine qualifikationsadäquate Beschäftigung gesteigert werden. Die Teilnahmeberechtigung oder -verpflichtung und der Zugang zu den Sprachkursen ergibt sich aus dem Aufenthaltsgesetz in Verbindung mit der Integrationskursverordnung und der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung. Ist der Zugang zu einer Sprachförderung für einen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten danach gegeben, ist eine Verpflichtung zur Teilnahme in der Eingliederungsvereinbarung oder dem diese ersetzenden Verwaltungsakt aufzunehmen.

Zu Buchstabe b (Nummer 4 § 5 Absatz 3 und 4)

Nummer 4 wird auf Grund der Einfügung der Regelung in Nummer 4 Buchstabe a - neu - neu gefasst. Nummer 4 Buchstabe b entspricht unverändert der im ursprünglichen Gesetzentwurf enthaltenen Änderung.

Nach § 12a Satz 1 sind Leistungsberechtigte verpflichtet, in Umsetzung des Nachranggrundsatzes von existenzsichernden Leistungen nach diesem Buch Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforder-

lichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist. Die Jobcenter fordern die Leistungsberechtigten daher in den genannten Fällen auf, Anträge auf Gewährung vorrangiger Sozialleistungen zu stellen. Kommen Leistungsberechtigte dieser Aufforderung nicht nach, können die Jobcenter nach § 5 Absatz 3 Satz 1 die Anträge selbst stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen.

Damit die vorrangig verpflichteten Leistungsträger über diese von den Jobcentern gestellten Anträge entscheiden können, ist die Vorlage von Unterlagen erforderlich, die sich nicht im Besitz der Jobcenter, sondern der Leistungsberechtigten befinden (z. B. Einkommensnachweise). In der Praxis legen die Leistungsberechtigten diese entscheidungserheblichen Unterlagen trotz Aufforderung durch die Leistungsträger des Öfteren nicht vor, so dass die von den Jobcentern beantragten Leistungen wegen Verletzung der Mitwirkungspflichten durch die Leistungsberechtigten nach §§ 60, 66 SGB I versagt werden. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel durch die Jobcenter gegen diese Versagungen bleiben wegen der fehlenden Unterlagen erfolglos.

Damit sind die Möglichkeiten, auf die Leistungsberechtigten einzuwirken, nach der bisherigen Rechtslage erschöpft. Die Entziehung oder Versagung von Arbeitslosengeld II durch die Jobcenter wegen der Verletzung von Mitwirkungspflichten gegenüber einem vorrangigen Leistungsträger nach §§ 60, 66 SGB I ist rechtlich umstritten; auch die Anrechnung der fiktiv erzielbaren Leistungen oder die Ablehnung eines Antrages auf Arbeitslosengeld II ist aufgrund des Bedarfsdeckungsgrundsatzes nicht zulässig.

Es bedarf daher einer rechtssicheren Lösung, die die Jobcenter in die Lage versetzt, die Verfolgung vorrangiger Ansprüche wirksam einzufordern. Daher werden die Verpflichtung der Leistungsberechtigten, Anträge auf vorrangige Sozialleistungen zu stellen, und die Möglichkeit der Jobcenter, selbst Anträge stellen zu können, im neuen Satz 3 ergänzt. Die Jobcenter haben die Grundsicherungsleistungen im Falle eines Antrages des Jobcenters und einer bestandskräftigen Entscheidung des anderen Trägers über die Versagung der vorrangigen Leistung nach § 66 SGB I solange zu entziehen oder zu versagen, bis die Leistungsberechtigten ihren Mitwirkungspflichten gegenüber dem anderen Träger nach den §§ 60 bis 64 SGB I nachgekommen sind. Legen Leistungsberechtigte gegen die Versagung der vorrangigen Leistung Rechtsmittel ein, ist eine Entziehung oder Versagung nach Satz 3 noch nicht möglich, da über die Versagung nach § 66 SGB I und damit über die Grundlage für die Entziehung oder Versagung nach Satz 3 noch nicht verbindlich entschieden wurde.

Damit die Leistungsberechtigten die Folgen ihres Verhaltens kennen, sind sie nach Satz 4 vorab darüber schriftlich zu belehren. Die Belehrung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass die Berechtigten ihr Mitwirkungsverhalten gegenüber dem vorrangig verpflichteten Leistungsträger danach ausrichten können.

Sobald die unterlassene Mitwirkung nachgeholt und dies dem Jobcenter bekannt wird, hat das Jobcenter die Versagungs- oder Entziehungsentscheidung rückwirkend aufzuheben. Die zunächst vorenthaltenen Leistungen sind von den Jobcentern nachzuzahlen und künftige Leistungen zu erbringen, soweit im Übrigen die Leistungsvoraussetzungen vorliegen. Eine Entscheidung des vorrangig verpflichteten Leistungsträgers über den Leistungsantrag ist nicht erforderlich: Es genügt allein das Nachholen der Mitwirkungshandlung durch die Leistungsberechtigten. Korrespondierend mit der Pflicht, ganz oder teilweise die Leistungen zu entziehen oder zu versagen, steht die Nachzahlung nicht im Ermessen der Jobcenter.

Die ergänzende Regelung räumt den Jobcentern einen Ermessensspielraum nur hinsichtlich der Frage ein, ob die Leistungen ganz oder teilweise entzogen werden. Eine teilweise Versagung oder Entziehung in der voraussichtlichen Höhe

der vorrangigen Leistung kommt dann in Betracht, wenn die Höhe dieser Leistung prognostiziert werden kann (z. B. Unterhaltsvorschuss, Kindergeld). Dagegen kommt eine vollumfängliche Versagung oder Entziehung in Betracht, wenn die Höhe der vorrangigen Leistung nicht prognostiziert werden kann (z. B. Arbeitslosengeld, Krankengeld).

Die neue ergänzende Regelung ist auch zumutbar, weil die Leistungsberechtigten im Fall der teilweisen oder gänzlichen Versagung oder Entziehung es selbst in der Hand haben, die erforderlichen Anträge zu stellen bzw. die entscheidungserheblichen Antragsunterlagen kurzfristig vorzulegen. Erst wenn beide Pflichten nicht erfüllt werden und eine entsprechende Belehrung erfolgte, entziehen oder versagen die Jobcenter die Leistungen ganz oder teilweise, um sie bei nachträglicher Pflichtenerfüllung durch die Leistungsberechtigten nachzahlen.

Die Regelung gilt nicht bei der Beantragung von vorgezogenen Altersrenten. Wenn festgestellt wird, dass die Voraussetzungen für einen vorgezogenen Rentenantrag vorliegen, wird dieser in der weit überwiegenden Zahl der Fälle auch gestellt und § 5 Absatz 3 SGB II damit schon bisher nur selten angewandt.

Zu Buchstabe c (Nummer 7 § 7)

Nummer 7 wird auf Grund der Einfügung der Regelung in Nummer 7 Buchstabe a - neu - neu gefasst.

Zu Nummer 7 Buchstabe a

Mit der Ergänzung in § 7 Absatz 4 Satz 3 Nummer 2 wird klargestellt, dass Personen, die sich in einer Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung aufhalten, auch dann nicht leistungsberechtigt nach dem SGB II sind, wenn sie als Freigänger einer Beschäftigung nachgehen.

Nummer 7 Buchstabe b entspricht unverändert der im ursprünglichen Gesetzentwurf enthaltenen Änderung.

Zu Buchstabe d (Nummer 9 Buchstabe b § 11a Absatz 7)

Die Änderung greift Bedenken auf, bei Bezieherinnen von Mutterschaftsgeld das bisherige Einkommen fiktiv weiterhin anzurechnen. Eine fiktive Anrechnung widerspricht dem geltenden Zuflussprinzip. Die vorgesehene Regelung wird deshalb gestrichen.

Zu Buchstabe e (Nummer 12 § 15)

Mit der Änderung des Absatzes 2 Satz 2 wird die bisherige Rechtslage beibehalten, aber an den Duktus der Vorschrift im Übrigen angepasst. Damit erfolgt eine Flexibilisierung für sog. atypische Fallkonstellationen.

Die Änderung des Satzes 3 trägt der Überlegung Rechnung, dass sich eine Vereinbarung über Tätigkeitsbereiche oder Tätigkeiten als für die Vermittlung hinderlich erweisen kann, wenn der leistungsberechtigten Person eine andere attraktive Tätigkeit angeboten werden soll. Die Änderung trägt zudem den Bestimmungen zur Zumutbarkeit Rechnung.

Zu Buchstabe f (Nummer 14a - § 16d)

Zu Nummer 14a Buchstabe a (§ 16d Absatz 6)

§ 16d Absatz 6 regelt die Förderdauer bei Arbeitsgelegenheiten. Danach dürfen erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht länger als insgesamt 24 Monate in einem Zeitraum von fünf Jahren in Arbeitsgelegenheiten zugewiesen werden. Damit soll verhindert werden, dass ein dauerhafter Einsatz in Arbeitsgelegenheiten zu Einsparereffekten führt und die Eingliederungschancen der Betroffenen

verringert. An der Begrenzung der Förderdauer wird daher grundsätzlich festgehalten.

Allerdings ist es für bestimmte Personengruppen auch bei guter Konjunktur kaum möglich, vom Aufbau der Beschäftigung zu profitieren und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Daher soll die Förderdauer bei Arbeitsgelegenheiten auch im Hinblick auf die Ermöglichung von sozialer Teilhabe einmalig für weitere maximal 12 Monate verlängert werden können. Hiervon sollen vorrangig ältere Personen und Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern profitieren. Eine über die 24 Monate hinausgehende erneute Zuweisung setzt eine eigenständige Prüfung der weiterhin geltenden Voraussetzungen des § 16d voraus. Insbesondere ist der in Absatz 5 geregelte Vorrang anderer Eingliederungsleistungen weiterhin zu beachten. Durch diese zwingende Prüfung in Betracht kommender vorrangiger Instrumente, die auch dokumentiert werden muss, soll eine automatische Verlängerung der Zuweisung ausgeschlossen werden.

Zu Nummer 14a Buchstabe b (§ 16d Absatz 8)

Die Änderung betrifft die Erstattung von erforderlichen Maßnahmekosten. Neben den Personalkosten für einen besonderen Anleitungsbedarf können in Zukunft auch Personalkosten für eine notwendige tätigkeitsbezogene Unterweisung erstattet werden. Diese Unterweisung geht über eine Einweisung und Einarbeitung hinaus und soll sehr einfache, niedrighschwellige Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermitteln, die zur Verrichtung der Tätigkeit erforderlich sind. Zur Vermittlung von darüber hinaus gehenden Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten oder solchen, die mit der Tätigkeit nicht in Zusammenhang stehen, ist weiterhin auf die dafür vorgesehenen Instrumente zurückzugreifen. Es bleibt daher bei dem Grundsatz, dass die Verrichtung von Arbeit im Vordergrund steht.

Daneben sind nunmehr auch Personalkosten erstattungsfähig, die aufgrund einer notwendigen sozialpädagogischen Betreuung zur erfolgreichen Absolvierung der Arbeitsgelegenheit entstehen. Arbeitsgelegenheiten sind nach Absatz 5 nachrangig gegenüber anderen Eingliederungsleistungen und richten sich damit an besonders arbeitsmarktferne Personen, so dass eine besondere Unterstützung und Begleitung angebracht sein kann.

Zu Nummer 14b (§ 16e)

Der neue Satz 5 eröffnet dem Arbeitgeber die Möglichkeit, eine sozialpädagogische Betreuung während der Dauer der Förderung des Arbeitsverhältnisses durchzuführen, soweit diese notwendig ist. Ziele sind die Stabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses und die langfristige Integration der geförderten Person. Die sozialpädagogische Betreuung kann vom Arbeitgeber selbst geleistet werden, wenn er über entsprechendes Personal verfügt. Anderenfalls kann er auf externes Betreuungspersonal zurückgreifen. Die hierfür erforderlichen Kosten werden auf Antrag erstattet.

Zu Buchstabe g (Nummer 15 - § 16g)

Im Rahmen der nachgehenden Betreuung kann es erforderlich sein, auch Leistungen aus dem Vermittlungsbudget oder der Freien Förderung zu erbringen. Leistungen aus dem Vermittlungsbudget können zum Beispiel erforderlich sein, wenn erst nach Aufnahme des Beschäftigungsverhältnisses festgestellt wird, dass für die Fortführung der Beschäftigung eine vorübergehende Unterstützung der Mobilität (z. B. Fahrtkosten) notwendig ist

Zu Buchstabe h (Nummer 16a - § 18)

Die Neufassung des § 18 Absatz 1 und 2 trägt der gestiegenen Bedeutung der Zusammenarbeit der Jobcenter mit den verschiedenen Akteuren des Arbeitsmarktes aber auch anderen Leistungsträgern sowie Dritten Rechnung. Die Zusammenarbeit hat insbesondere in Netzwerken für Aktivierung, Beratung und Chancen mit dem Ziel einer besseren Betreuung von Langzeitarbeitslosen und Langzeitleistungsbeziehenden, bei der Eingliederung von jungen Menschen in Ausbildung und Arbeit in Jugendberufsagenturen, bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern und bei den mit Arbeitslosigkeit häufig verbundenen Sozialleistungen an Bedeutung gewonnen.

Der bisherige Wortlaut des Absatzes 1 wird dazu übersichtlicher gefasst. Die Aufzählung der Stellen, mit denen eine Zusammenarbeit erfolgen kann, ist weiterhin nicht abschließend. Die Zusammenarbeit mit den Stellen nach Nummer 1 schließt die Kreise und Gemeinden ein, die Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch erbringen. Die Zusammenarbeit mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und sonstiger Dritter (Nummer 6) schließt zum Beispiel Schuldnerberatungsstellen, Integrationsfachdienste, Jugendmigrationsdienste und Stellen ein, die psychosoziale Betreuung erbringen.

Absatz 2 konkretisiert die Zusammenarbeit zwischen den Sozialleistungsträgern, den Ausländerbehörden und den Schulen auf der Ebene der Durchführung von Maßnahmen als Gesamtprozess einerseits sowie auf der Einzelfallebene andererseits. Eine gelingende Zusammenarbeit setzt eine enge Kooperation und einen gegenseitigen Austausch voraus. Absatz 2 betont daher mit der Grundlage der Gegenseitigkeit, dass sich jeder Beteiligte aktiv im Rahmen seiner Aufgaben und Möglichkeiten einbringt.

Absatz 2 Satz 2 benennt hierzu beispielhaft zwei Konstellationen, in denen eine Zusammenarbeit erforderlich ist: Nummer 1 bezieht sich auf den Ansatz, nach dem die gesamte Bedarfsgemeinschaft gefördert werden soll, um zu erreichen, dass die Hilfebedürftigkeit insgesamt überwunden werden kann. Nummer 2 rückt die Zusammenarbeit bei sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten jungen Menschen in den Fokus.

Zu Buchstabe i (Nummer 17 - § 18d)

Durch die Änderung soll den Stellungnahmen der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer insbesondere bei der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten ein besonderes Gewicht zukommen.

Die Geschäftsordnung des Beirats kann vorsehen, dass die gemeinsame Stellungnahme der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesondert ausgewiesen werden kann. Die Rechtmäßigkeitsprüfung durch die gemeinsame Einrichtung bleibt davon unberührt.

Zu Buchstabe j (Nummer 23 Buchstabe c - § 27 Absatz 3)

Nach § 7 Absatz 6 SGB II können Schülerinnen und Schüler in einer dem Grunde nach dem BAföG förderungsfähigen Ausbildung grundsätzlich nur dann Arbeitslosengeld II erhalten, wenn sie Ausbildungsförderung nach dem BAföG erhalten. Besteht diese Möglichkeit nicht, weil die Altersgrenze nach § 10 Absatz 3 BAföG überschritten ist, kann dieser Umstand eine besondere Härte bedeuten. Der neue Satz 2 legt das Vorliegen einer besonderen Härte für den Fall fest, dass wegen der Besonderheit des Einzelfalls keine Alternativen zu der angestrebten schulischen Ausbildung zur Verfügung stehen und ohne Leistungen zum Lebensunterhalt der Abbruch der Ausbildung droht. In diesem Fall werden die Leistungen zuschussweise erbracht. Die Regelung ist im Hinblick auf mögliche Anpassungen der Altersgrenze nach § 10 Absatz 3 BAföG zu befristen.

Zu Buchstabe k (Nummer 24 § 28)

Nummer 24 wird wegen der Anfügung der Regelung zu § 28 Absatz 3 neu gefasst:

Zu Buchstabe a (§ 28 Absatz 2)

Entspricht der im bisherigen Gesetzentwurf enthaltenen Regelung.

Zu Buchstabe b (§ 28 Absatz 3)

Bei dem in § 28 Absatz geregelten Schulbedarfspaket (Teil des Bildungspakets) handelt es sich um einen Geldbetrag von insgesamt 100 Euro pro Schuljahr, der in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II zu festgelegten Stichtagen (70 Euro zum 1. August und 30 Euro zum 1. Februar eines jeden Jahres) ausgezahlt wird. Diese festen Auszahlungszeitpunkte passen nicht für Flüchtlingskinder, die unter bestimmten Voraussetzungen bereits unmittelbar nach der Einreise dem SGB II unterfallen können. Für Schülerinnen und Schüler, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehungsweise nach dem SGB XII erhalten, besteht dieses Problem nicht. Bei ihnen ist ein Abstellen auf den tatsächlichen Zeitpunkt der Einschulung bereits nach dem Wortlaut des Gesetzes schon jetzt möglich, da es insoweit auf den ersten Schultag ankommt. Der Bundesrat hatte daher im Rahmen seiner Stellungnahme zur Gleichbehandlung aller erstmalig in Deutschland eingeschulten Kinder eine Ergänzung des § 28 Absatz 3 SGB II vorgeschlagen (vgl. BT-Drs. 18/8041 vom 6. April 2016, Seite 83).

Die Regelung greift den Vorschlag des Bundesrates auf. Eine solche Regelung sollte sich aus Gleichbehandlungsgründen aber nicht nur auf Kinder, die erstmals in eine Schule im Bundesgebiet aufgenommen werden, beschränken. Denn eine vergleichbare Bedarfssituation liegt auch bei Kindern vor, die ursprünglich bereits in Deutschland eingeschult worden waren, ihren Schulbesuch aber hatten unterbrechen müssen - z. B. wegen eines Auslandsaufenthalts oder einer Krankheit - und den Schulbesuch nach den Stichtagen wieder aufnehmen.

Durch die Ergänzung des § 28 Absatz 3 SGB II erhalten im Ergebnis alle leistungsberechtigten Kinder künftig- auch für das Schuljahr ihrer erstmaligen oder erneuten Einschulung und auch bei erstmaliger oder erneuter Einschulung ab dem 1. Februar eines Schuljahres - insgesamt 100 Euro für den persönlichen Schulbedarf: entweder nach Satz 1 des § 28 Absatz 3 SGB II regulär 70 Euro zum ersten August und 30 Euro zum ersten Februar des Schuljahres oder nach Satz 2 erste Alternative (neu) einmalig 70 Euro im Laufe des Zeitraums von August bis Januar des Schuljahres und nach Satz 1 regulär 30 Euro zum ersten Februar oder nach Satz 2 zweite Alternative (neu) einmalig 100 Euro im Laufe des Zeitraums von Februar bis Juli des Schuljahres.

Zu Buchstabe l (Nummer 27 § 34)

Nummer 27 Buchstabe a wird geändert und zur besseren Lesbarkeit neu gefasst.

Zu Satz 1

Entspricht der Fassung, die sich aus der bislang in Artikel 1 Nummer 27 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa vorgesehenen Änderung ergibt.

Zu Satz 2

Entspricht der bislang in Artikel 1 Nummer 27 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb vorgesehenen Fassung. Das Herbeiführen muss auch weiterhin objektiv sozialwidrig im Sinne der einschlägigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und des Bundesverfassungsgerichts sein. Der bislang vorgesehene weitere Satz 3 wurde nicht mehr aufgenommen, weil er eine Doppelung zu Satz 1 darstellte.

Zu den Sätzen 3 und 4

In den Anwendungsfällen des § 34 SGB II bestand Hilfebedürftigkeit, die sozialwidrig herbeigeführt wurde. Gutscheine können nur zurückgegeben werden, soweit sie nicht verbraucht wurden; dies entspricht der Regelung in § 40 Absatz 6 Satz 2.

Zu Satz 5

Entspricht der bislang in Artikel 1 Nummer 27 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc vorgesehenen Fassung.

Zu Buchstabe m (Nummer 28 § 34a)

Zu Doppelbuchstabe aa

Der bislang vorgesehene Satz 2 hätte eine Dopplung zu Satz 1 dargestellt, weil sich bereits aus Satz 1 ergibt, dass auch Sachleistungen zu ersetzen sind. Die Neufassung der weiteren Sätze folgt daraus, dass die nach § 34a haftende Person nicht Inhaber des Anspruchs auf Sachleistungen ist. Damit kann sie auch nicht verpflichtet werden, den an die hilfebedürftige Person ausgegebenen Gutschein wieder herauszugeben. In Fällen, in denen der rechtswidrige Verwaltungsakt nicht aufgehoben werden kann und insoweit keine gesamtschuldnerische Haftung nach § 34a Absatz 4 SGB II entsteht, soll eine freiwillige Rückgabe eines Gutscheins durch die begünstigte Person an das Jobcenter die nach § 34a SGB II verpflichtete Person insoweit aus ihrer Ersatzpflicht befreien; daher wird die entsprechende Geltung des § 40 Absatz 6 Satz 2 SGB II angeordnet. Die Einschränkung des Ersatzes von Sozialversicherungsbeiträgen wurde durch ein redaktionelles Versehen nicht mit aufgenommen. Dies wird nun nachgeholt.

Zu Doppelbuchstabe bb

Folgeänderung zu Doppelbuchstabe aa.

Zu Buchstabe n (Einfügung der Nummer 32a - § 37)

Zu Nummer 32a - § 37 Absatz 2 Satz 3)

Redaktionelle Änderung des Verweises auf den durch Nummer 35 geänderten Wortlaut des § 41.

Zu Buchstabe o (Nummer 34 - § 40)

Zu Doppelbuchstabe aa (Nummer 34 Buchstabe a - § 40 Absatz 1)

Mit § 40 Absatz 1 Satz 2 wird die Anwendung von § 44 SGB X auf die Bedürfnisse in der Grundsicherung für Arbeitsuchende angepasst.

Zu Satz 2 Nummer 1

Mit der Regelung im ersten Halbsatz soll die nach § 44 SGB X bestehende Pflicht zur Rücknahme rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakte im Sinne des § 44 Absätze 1 und 2 SGB X zeitlich eingeschränkt werden. Ein angemessenes Verhältnis zwischen den Rechtsschutzinteressen der Betroffenen und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende bleibt jedoch gewahrt. Hintergrund für diese Regelung sind die Entscheidungen des Bundessozialgerichts vom 12. Dezember 1996 - 11 Rar 31/96 – und 13. Februar 2014 – B 4 AS 19/13 - , nach denen die auf vier Jahre verkürzte Frist nach § 44 Absatz 4 SGB X auf nicht begünstigende Verwaltungsakte, die insbesondere (beispielsweise oder u.a.) die Aufhebung, Erstattung und den Ersatz von bereits erbrachten Leistungen verfügen, keine Anwendung findet. Somit greift die bisherige Regelung des § 40 Absatz 1 Satz 2 nicht. Dies hat zur Folge, dass solche Verwaltungsakte 30 Jahre lang verpflichtend zu prüfen, ggf. zurückzunehmen und bereits beglichene Forderungen zurückzuzahlen sind.

Dieses Ergebnis ist für den Bereich der Fürsorgeleistungen unbefriedigend und stellt aufgrund der Ausgestaltung der Fürsorgeleistungen im SGB II einen enorm hohen Verwaltungsaufwand für die Jobcenter dar.

Fürsorgeleistungen werden u. a. nur gewährt, soweit Hilfebedürftigkeit besteht. Aufgrund von Veränderungen von einerseits Bedarfen und/oder andererseits Einkommen unterliegen diese Leistungen häufigen Schwankungen. Vor diesem Hintergrund ist eine Anpassung der Bewilligungsentscheidungen an die jeweilig geänderten Verhältnisse häufig erforderlich. Da es sich bei Fürsorgeleistungen um existenzsichernde Leistungen handelt, sind diese monatlich im Voraus zu erbringen. Daraus folgt, dass die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf den Eintritt wesentlicher Änderungen in den Verhältnissen eines erwerbsfähigen Leistungsberechtigten oftmals erst im Nachhinein reagieren und die Leistungen anhand der tatsächlichen Verhältnisse berechnen können.

Es besteht über einen Zeitraum von vier Jahren die Möglichkeit, weiterhin neben den ordentlichen Rechtsbehelfen (Widerspruch), Rechtsmitteln (Klage) und der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand eine darüberhinausgehende Überprüfung der o. g. nicht begünstigenden Verwaltungsakte zu verlangen. Den Interessen der betroffenen Leistungsberechtigten wird damit ausreichend Rechnung getragen.

Der zweite Halbsatz stellt klar, dass ein Verwaltungsakt auch außerhalb des Vierjahreszeitraumes zurückzunehmen ist, wenn ein entsprechender Antrag innerhalb dieses Zeitraumes gestellt wurde. Damit sollen Nachteile für die Betroffenen aufgrund der Bearbeitungszeit entsprechender Anträge verhindert werden.

Kosten für die Aktenaufbewahrung können durch die Regelung gesenkt werden.

Zu Satz 2 Nummer 2

Entspricht dem bisherigen Wortlaut des § 40 Absatz 1 Satz 2 SGB II.

Zu Doppelbuchstabe bb

Folgeänderung zu Doppelbuchstabe aa.

Zu Doppelbuchstabe cc (Nummer 34 Buchstabe b § 40 Absatz 5)

Die Ergänzung des bisherigen Wortlautes ist für den Fall erforderlich, dass ein nicht leistungsberechtigtes Mitglied der häuslichen Gemeinschaft verstirbt und dies einen Einfluss auf die Leistungen der nach dem SGB II leistungsberechtigten Personen hätte. Auch in diesem Fall sollen die bewilligten Leistungen im Sterbemonat unverändert bleiben.

Zu Buchstabe p (Nummer 36 § 41a)

Nach dem bislang vorgesehenen Wortlaut ist eine vorläufige Entscheidung nur über die Erbringung von Geldleistungen möglich. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalt werden jedoch teilweise auch als Sachleistungen erbracht (zum Beispiel nach § 24 Absatz 2 SGB II oder im Fall einer eingetretenen Sanktion). Die vorläufige Entscheidung soll daher künftig auch über die Erbringung von Sachleistungen möglich sein.

Zu Buchstabe q (Nummer 37 § 42)

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Korrektur.

Zu Buchstabe b

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung zu § 42 Absatz 4 SGB II ist der Ausschluss der Pfändung, Verpfändung, Übertragung und Abtretung von Ansprü-

chen auf SGB II-Leistungen vorgesehen (Hauptziel: Schutz vor Pfändung von Lebensunterhaltsleistungen). Der gänzliche Ausschluss der Übertragbarkeit/Abtretbarkeit von SGB II-Ansprüchen ist in bestimmten Fallgestaltungen nicht sinnvoll und soll deshalb durch eine Rückausnahme eingeschränkt werden.

Abtretungen weiterhin zuzulassen ist in den Fallgestaltungen des § 53 Absatz 2 SGB I sinnvoll:

- zur Erfüllung/Sicherung von Ansprüchen auf Rückzahlung von Darlehen;
- zur Erfüllung/Sicherung von Ansprüchen auf Erstattung von Aufwendungen, die im Vorgriff auf fällig gewordene Sozialleistungen zu einer angemessenen Lebensführung gegeben oder gemacht worden sind;
- wenn der zuständige Leistungsträger feststellt, dass die Übertragung im wohlverstandenen Interesse des Berechtigten liegt.

Dies hilft insbesondere Einrichtungen, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten im Sinne des Achten Kapitels SGB XII leisten (z. B. Lebensunterhaltssicherung durch Wohnungslosenhilfe).

Zu Buchstabe r (Nummer 49 - § 63)

Mit der Ergänzung wird besonderen Erfordernissen des Nebenstrafrechts im Hinblick auf die Wahrung des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebots Rechnung getragen und klargestellt, dass die in § 63 SGB II bußgeldbewehrten Pflichten letztlich aus Bürgersicht gegenüber dem jeweiligen Jobcenter (gemeinsame Einrichtung - gE / zugelassener kommunaler Träger - zkT) bestehen.

Zu Buchstabe s (§ 65)

Durch Einführung einer bis zum Ablauf des 31. Dezember 2018 befristeten Übergangsregelung kann der Anspruch auf Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld, soweit er sich auf Ernährung und Haushaltsenergie bezieht, durch Sachleistung erfüllt werden. Hieraus ergibt sich ein geringerer Geldauszahlungsanspruch. Die Gewährung der Ernährung als Sachleistung beinhaltet, dass die leistungsberechtigte Person diese im Bedarfsfall – etwa bei Abwesenheiten während des Tages wegen der Wahrnehmung von Lernangeboten oder Praktika an einem anderen Ort als dem Ort der Gemeinschaftsunterkunft - auch außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft zur Verfügung gestellt bekommt (z.B. durch Lunchpakete).

Der Begriff „Gemeinschaftsunterkunft“ ist nicht im Sinne des § 53 Asylgesetz zu verstehen, sondern allgemein im Sinne einer Unterkunft zur gemeinschaftlichen Unterbringung einer größeren Anzahl von Personen. Er bezeichnet insbesondere Unterkünfte, die zur Aufnahme von Personen bestimmt sind, die Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums haben, wie z. B. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Zu den „Gemeinschaftsunterkünften“ gehören daher nicht nur Gemeinschaftsunterkünfte im Sinne des § 53 Asylgesetz, sondern u. a. auch (Erst)Aufnahmeeinrichtungen nach dem Asylgesetz sowie Einrichtungen der Obdachlosenhilfe.

Beispiel für einen Anwendungsfall sind leistungsberechtigte Personen, die als Asylberechtigte, Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder subsidiär Schutzberechtigte anerkannt sind (im Folgenden: Flüchtlinge). Sie unterfallen nicht mehr dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), sondern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Soweit sie im Auftrag oder mit Zustimmung des Jobcenters (dort: Agentur für Arbeit) kostenlos verpflegt werden, weil sie z. B. mangels anderen

Wohnraums in ursprünglich nur für das Asylverfahren vorgesehenen Gemeinschaftsunterkünften ohne Selbstversorgungsmöglichkeit verbleiben, wird insoweit die häusliche Ernährung sichergestellt. Nach der bisherigen Systematik des SGB II kann dies im Rahmen der Leistungserbringung nicht berücksichtigt werden, da der Anspruch auf Sicherung des Lebensunterhalts grundsätzlich durch Geldleistung zu erfüllen ist (vgl. § 19). Die Gestellung von Nahrung und Getränken einschließlich zubereiteter Mahlzeiten zusammen mit dem ungekürzten Anspruch auf Auszahlung der Regelbedarfsleistung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II bzw. Sozialgeldes führte jedoch zu einer Doppelleistung und damit zu einer nicht vertretbaren Begünstigung dieser Personen gegenüber Leistungsberechtigten, die keine kostenlose Verpflegung erhalten.

Daher wird durch Neufassung des § 65 Absatz 1 die kostenlose Verpflegung Teil der Leistungserbringung nach dem SGB II (insoweit Anspruchserfüllung durch Sachleistung). Daraus folgt ein entsprechend angepasster Anspruch auf Auszahlung von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Der Wert der Sachleistung entspricht zugunsten der betroffenen Leistungsberechtigten den jeweils auf ganze Euro abgerundeten, regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie für Haushaltsstrom. Die Werte ergeben sich aus den Sonderauswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008, die dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz zugrunde liegen [es ist vorgesehen, diese Werte im Zusammenhang mit der Auswertung der EVS 2013 auf den Stand der Verbrauchsausgaben im Jahr 2013 anzupassen]. Da der individuelle regelbedarfsrelevante Verbrauch von Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln in Mehrpersonenhaushalten in den Sonderauswertungen zur EVS 2008 nicht erfasst wird, wird für Erwachsene, bei denen nicht der Regelbedarf entsprechend der für alleinlebende Personen im SGB XII geltenden Regelbedarfsstufe 1 anerkannt wird, derjenige Betrag angesetzt, der dem Anteil der Ausgaben für Strom und Ernährung an der Gesamtsumme der regelbedarfsrelevanten Ausgaben entspricht (38,6 Prozent). Eine vollständige Berücksichtigung der für einen Einpersonenhaushalt erfassten regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben würde dagegen weder den in Mehrpersonenhaushalten eintretenden Einspareffekt noch das geringere Gesamtbudget angemessen berücksichtigen. Dieser Anteil (38,6 Prozent) auf die maßgebende Regelbedarfsstufe 2 übertragen ergibt einen Abzugsbetrag für sonstige Erwachsene in Höhe von 140 Euro.

Eine Fortschreibung der Beträge erfolgt nicht. Es handelt sich um eine bis zum Ablauf des 31. Dezember 2018 befristete Übergangsregelung, die allein mit der derzeitigen besonderen Unterbringungssituation der Flüchtlinge zusammenhängt.

Da die Verträge mit den Unterkunftsbetreibern (z. B. Hotelbetrieben) im Regelfall nicht durch das Jobcenter (Agentur für Arbeit) abgeschlossen werden, wird durch Satz 3 klargestellt, dass auch eine über Dritte (z. B. die Träger nach dem AsylbLG) vermittelte Verpflegung anerkannter Flüchtlinge als Sachleistung nach dem SGB II gilt, wenn das Jobcenter (Agentur für Arbeit) dies veranlasst oder zugestimmt hat. Nach Satz 4 hat die Agentur für Arbeit in diesen Fällen dem öffentlich-rechtlichen Träger der Gemeinschaftsunterkunft (z. B. dem Träger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) oder - soweit ein solcher nicht vorhanden ist - dem privaten Betreiber der Gemeinschaftsunterkunft Aufwendungen für die Verpflegung (einschließlich Haushaltsstrom) der Leistungsberechtigten nach dem SGB II in Höhe der in Satz 2 benannten Beträge zu erstatten.

Satz 5 trifft eine Regelung zur Anwendung des § 28 Absatz 6 Satz 1, wenn Kinder und Jugendliche aus den genannten Gemeinschaftsunterkünften an einem gemeinschaftlichen Mittagessen in Schule, Kita oder Kindertagespflege teilnehmen. Nach der allgemeinen Systematik des § 28 Absatz 6 werden über das Bildungspaket nur Mehraufwendungen berücksichtigt. Dabei handelt es sich um die (z. B. mit einem Caterer) vertraglich vereinbarten Kosten für dieses gemein-

schaftliche Mittagessen abzüglich eines Eigenanteils von derzeit einem Euro pro Essen. Hintergrund ist, dass Aufwendungen für die eigene Zubereitung des Mittagessens grundsätzlich bereits in Höhe von einem Euro pro Tag im Rahmen des Regelbedarfs der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden, so dass die Kosten für das gemeinschaftliche Mittagessen in Schule, Kita und Kindertagespflege in Höhe von einem Euro pro Essen aus der Regelbedarfsleistung erbracht werden müssen, um insoweit eine Doppelleistung (einmal über den Regelbedarf, einmal über das Bildungspaket) zu vermeiden. Diese Handhabung passt für Kinder und Jugendliche aus den genannten Gemeinschaftsunterkünften jedoch nicht. Durch eine Minderung des Geldauszahlungsanspruchs nach Satz 2 steht ihnen kein Geldbetrag für Einkauf und Zubereitung von Lebensmitteln zur Verfügung. Hierdurch fehlt es an Mitteln, um zu jedem gemeinschaftlichen Mittagessen in Schule, Kita oder Kindertagespflege einen Euro als Eigenanteil beizusteuern; es kann deshalb auch nicht zu einer Doppelleistung kommen. Demnach besteht insoweit ein über das Bildungspaket zu deckender Bedarf in Höhe der vollen, nicht um einen Euro pro Tag geminderten Kosten für das gemeinschaftliche Mittagessen in Schule, Kita und Kindertagespflege. Nach Satz 4 i.V.m. § 28 Absatz 6 Satz 1 werden somit in diesen Fällen über das Bildungspaket nicht nur die Mehraufwendungen, sondern die gesamten Aufwendungen (vertraglich geschuldete Gegenleistung) für das gemeinschaftliche Mittagessen in Schule, Kita und Kindertagespflege berücksichtigt.

Zu Buchstabe t (Nummer 53 § 80 Absatz 2)

Redaktionelle Korrektur.

Zu Nummer 2 (Änderung des Artikels 2 - Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)

(Änderung des § 9 Absatz 3 Satz 1 SGB III)

Folgeänderung zur Neufassung des § 18 Absatz 1 und 2 SGB II (Nummer 1 Buchstabe h).

Zu Nummer 3 (Änderung des Artikels 3 - Änderung weiterer Gesetze)

Zu Buchstabe a (Änderung des Wohngeldgesetzes)

Die Streichung des Verweises auf § 25 Absatz 3 Satz 1 und 2 Wohngeldgesetz (WoGG) ist eine Folgeänderung der Neufassung des § 25 Absatz 4 WoGG zum 1. Januar 2016 durch Artikel 1 Nummer 16 Buchstabe c des Gesetzes zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes vom 2. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1610). Danach ist im Fall des § 28 Absatz 3 WoGG die Antragsfrist des § 25 Absatz 4 WoGG einschlägig.

Zu Buchstabe b (Änderung des Bundesversorgungsgesetzes)

Zu Doppelbuchstabe aa (Einfügung neuer Nummern 1 bis 3)

Zu Nummer 1

Entspricht der im bisherigen Entwurf enthaltenen Änderung.

Zu Nummer 2 (§ 30 Absatz 5 Satz 4 und 5 BVG)

Zu § 30 Absatz 5 Satz 4 BVG

Eine Änderung des Gesetzestextes in § 30 Absatz 5 Satz 4 BVG ist notwendig, da die Änderung bei der Bestimmung des Anpassungssatzes, die zukünftig aus der Summe der für die Rentenanpassung relevanten Lohnentwicklung in den alten Bundesländern für das Jahr der Anpassung und das Vorjahr erfolgen soll, nicht vom Wortlaut des bisherigen § 30 Absatz 5 BVG gedeckt ist.

Der Anpassungssatz für die Aktualisierung der Durchschnittseinkommen ergibt sich bislang nach § 30 Absatz 5 Satz 4 BVG aus der Summe der Prozentsätze, um die sich das Durchschnittsentgelt der gesetzlichen Rentenversicherung in den beiden Kalenderjahren vor der Anpassung verändert hat. Dazu wird auf die Durchschnittsentgelte der Anlage 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) der letzten drei Kalenderjahre vor der Anpassung zurückgegriffen und deren jeweilige Veränderungsraten summiert. Für die Berechnung des Anpassungssatzes wird dabei u.a. das vorläufige Durchschnittsentgelt des Vorjahres mit dem endgültigen Durchschnittsentgelt des Vorjahres in Relation gesetzt. Denn zum Zeitpunkt der Berechnung des Anpassungssatzes nach § 30 Absatz 5 BVG (im Frühjahr des laufenden Jahres) liegt für das Vorjahr nur das vorläufige Durchschnittsentgelt der Anlage 1 zum SGB VI vor. Das endgültige Durchschnittsentgelt für das Vorjahr wird jeweils erst Ende des laufenden Jahres bestimmt. Die Relation von vorläufigem zu endgültigem Durchschnittsentgelt bildet jedoch nicht die tatsächliche Lohnentwicklung ab.

Eine Anpassung auf Grundlage der Summe der für die Rentenanpassung relevanten Lohnentwicklung in den alten Ländern im Jahr der Anpassung und im Vorjahr beruht auf den aktuellsten verfügbaren statistischen Daten der für die Rentenanpassung relevanten Lohnentwicklung für die alten Länder. Diese basiert auf der vom Statistischen Bundesamt gemeldeten Lohnentwicklung nach den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), wobei der Einfluss der Arbeitsgelegenheiten mit Entschädigungen für Mehraufwendungen („Ein-Euro-Jobs“) außer Acht bleibt. Darüber hinaus wird die Entwicklung der zur Rentenversicherung beitragspflichtigen Entgelte berücksichtigt, sodass sich die Rentenanpassung - wenn auch zeitverzögert - an der Entwicklung der zur RV-beitragspflichtigen Entgelte orientiert. Eine Anpassung des Vergleichseinkommens auf Grundlage der Summe der für die Rentenanpassung relevanten Lohnentwicklung berücksichtigt insbesondere das Ziel, durch die Anpassung des Durchschnittseinkommens bei der Ermittlung des Vergleichseinkommens eine Teilhabe der Berechtigten nach dem sozialen Entschädigungsrecht an der tatsächlichen Lohnentwicklung sicherzustellen. Die für die Rentenanpassung relevante Lohnentwicklung nach § 68 Absatz 2 i. V. m. § 228b SGB VI in den alten Bundesländern kann der Begründung der jeweiligen Rentenwertbestimmungsverordnung (RWBestV) entnommen werden.

Zu § 30 Absatz 5 Satz 5 BVG

Folgeänderung zu Buchstabe a. Gleichzeitig wird klargestellt, dass die Vergleichseinkommen in jedem Jahr zum 1. Juli neu zu errechnen sind. Damit wird der gewünschte Effekt berücksichtigt, dass die Errechnung der Vergleichseinkommen zum selben Zeitpunkt wie die Anpassung der Versorgungsleistungen nach dem BVG erfolgt (§ 56 Absatz 1 BVG). Dabei werden die Versorgungsleistungen nach dem BVG zum selben Zeitpunkt wie die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst.

Die Regelung des Satzes 5 2. Halbsatz enthält eine Schutzklausel, die die Verringerung des aktuellen Vergleichseinkommens verhindert.

Der rein mathematische Mechanismus der Errechnung des Vergleichseinkommens kann unter Umständen zu einer Minderung führen, wenn die Einkommensentwicklung zum Beispiel negativ ausfallen sollte. Es bedarf daher der im 2. Halbsatz aufgenommenen Schutzklausel, damit sich das Vergleichseinkommen gegenüber dem Vorjahr auch dann nicht vermindert, wenn sich dies rechnerisch ergeben würde.

Zu Nummer 3

Redaktionelle, klarstellende Folgeänderung zur Änderung des § 30 Absatz 5 Satz 4 BVG. Sie schafft eine einheitliche Formulierung zwischen den Rechtsvorschriften innerhalb des BVG.

Zu Buchstabe c (Absatz 8 - Änderung des SGB XII)

Zur neuen Nummer 3 (§ 116a)

Mit § 116a wird die Anwendung von § 44 SGB X für das SGB XII neu geregelt. Die Regelung erfolgt im Gleichlauf mit der Neuregelung in anderen Teilen des Existenzsicherungsrechts (§ 40 Absatz 1 Satz 2 SGB II; § 9 Absatz 4 Satz 2 AsylbLG).

Zu Nummer 1

Mit der Regelung in Nummer 1 wird die Rücknahme unanfechtbar gewordener, rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakte im Sinne des § 44 Absätze 1 und 2 SGB X zeitlich eingeschränkt. Hintergrund für die Regelung sind die Entscheidungen des Bundessozialgerichts vom 12. Dezember 1996 - 11 Rar 31/96 – und 13. Februar 2014 – B 4 AS 19/13-. Danach können Verwaltungsakte, die beispielsweise die Aufhebung eines Verwaltungsakts, einen Erstattungsanspruch oder einen Ersatzanspruch verfügen, trotz Bestandskraft gemäß § 44 SGB X über 30 Jahre lang rückwirkend angegriffen werden. Dieses Ergebnis ist für den Bereich des Fürsorgerechts nicht sachgerecht. Denn bei den existenzsichernden Leistungen, die stets im Voraus zu zahlen und aufgrund von laufenden Veränderungen bei Bedarfen und Einkommen häufigen Schwankungen unterliegen, löst die Möglichkeit einer rückwirkenden Überprüfung über einen 30-jährigen Zeitraum einen überdurchschnittlich hohen Verwaltungsaufwand auf. Den Interessen der Leistungsberechtigten wird durch die Neuregelung, die für diese Bescheide eine Rücknahmepflicht nur noch für vier Jahre vorsieht, hinreichend Rechnung getragen; zumal ihnen die allgemeinen Rechtsschutzmöglichkeiten, über die sie auch belehrt worden sind, gegen belastende Verwaltungsakte ohnehin zur Verfügung stehen (Widerspruch, Klage etc.). Im Übrigen wird auf die Begründung zu Nummer 1 Buchstabe o zu § 40 Absatz 1 Satz 2 SGB II verwiesen.

Zu Nummer 2

Nummer 2 entspricht dem bisherigen Wortlaut des § 116a SGB XII.

Zu Buchstabe d (Absatz 9 - Änderung des AsylbLG)

Der Absatz 9 wird auf Grund der ergänzenden Regelung zu § 9 Absatz 4 Satz 2 AsylbLG neu gefasst.

Nummer 1 entspricht der im bisherigen Entwurf enthaltenen Änderung.

Mit Nummer 2 wird § 9 Absatz 4 Satz 2 neu gefasst und damit die Anwendung von § 44 SGB X für das AsylbLG neu geregelt. Die Regelung erfolgt im Gleichlauf mit der Neuregelung in anderen Teilen des Fürsorgerechts (§ 40 Absatz 1 Satz 2 SGB II und § 116a SGB XII).

Zu § 9 Absatz 4 Nummer 1

Mit der Regelung in § 9 Absatz 4 Satz 2 wird die Rücknahme unanfechtbar gewordener, rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakte im Sinne des § 44 Absätze 1 und 2 SGB X zeitlich eingeschränkt. Hintergrund für die Regelung sind die Entscheidungen des Bundessozialgerichts vom 12. Dezember 1996 - 11 Rar 31/96 – und 13. Februar 2014 – B 4 AS 19/13-. Danach können Verwaltungsakte, die beispielsweise die Aufhebung eines Verwaltungsakts, einen Erstattungsanspruch oder einen Ersatzanspruch verfügen, trotz Bestandskraft gemäß § 44 SGB X über 30 Jahre lang rückwirkend überprüft werden. Dieses Ergebnis ist für den Bereich des Fürsorgerechts nicht sachgerecht. Denn bei den existenzsichernden Leistungen, die stets im Voraus zu zahlen und aufgrund von laufenden Veränderungen bei Bedarfen und Einkommen häufigen Schwankungen unterliegen, löst die Möglichkeit einer rückwirkenden Überprüfung über

einen 30-jährigen Zeitraum einen überdurchschnittlich hohen Verwaltungsaufwand aus. Den Interessen der Leistungsberechtigten wird durch die Neuregelung, die für diese Bescheide eine Rücknahmepflicht nur noch für vier Jahre vorsieht, hinreichend Rechnung getragen; zumal ihnen die allgemeinen Rechtsschutzmöglichkeiten gegen belastende Verwaltungsakte ohnehin zur Verfügung stehen (Widerspruch, Klage etc.).

Im Übrigen wird auf die Begründung zu Nummer 1 Buchstabe o zu § 40 Absatz 1 Satz 2 SGB II verwiesen.

Zu § 9 Absatz 4 Nummer 2

§ 9 Absatz 4 Satz 2 Nummer 2 entspricht dem bisherigen Wortlaut des § 9 Absatz 4 Satz 2 AsylbLG.

Zu Buchstabe e (Absatz 11 - Änderung des Bundeskindergeldgesetzes)

§ 11 Absatz 6 BKGG sieht vor, dass in Fällen, in denen Kinderzuschlag bezogen wurde und sich im Nachhinein herausstellt, dass Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II nicht vermieden werden konnte, d.h. statt des Anspruchs auf Kinderzuschlag ein Anspruch auf SGB II-Leistungen bestand, der bezogene Kinderzuschlag künftig nicht mehr zu erstatten sein soll, soweit dieser den Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II ausschließt oder mindert.

Hierdurch wird vermieden, dass Kinderzuschlagsleistungen zurückgefordert werden, obwohl sie bei der Berechnung der SGB II-Leistungen aufgrund des tatsächlichen Zuflusses als Einkommen berücksichtigt werden, da dies als unbillig erachtet wird.

Die bisherige Neuregelung sieht vor, dass von dem Erstattungsverzicht eine Ausnahme zu machen ist, wenn der Leistungsbezieher vorsätzlich oder grob fahrlässig handelt.

Vor dem Hintergrund, dass letztlich das Existenzminimum des Kindes nicht gedeckt wird, hat der Bundesrat eine weitergehende Ausnahme vom Erstattungsverzicht gefordert. Danach dürfe es auch in den Fällen, in denen die rechtswidrige Gewährung des Kinderzuschlags durch grob fahrlässiges Verhalten oder ein Unterlassen der berechtigten Person verursacht wurde, nicht dazu kommen, dass das Existenzminimum der Familie nicht gedeckt wird. Nur in Fällen, in denen die rechtswidrige Gewährung durch aktives, vorsätzliches Handeln der berechtigten Person bewirkt wurde, erschiene es vertretbar, das Interesse der Familie an der Deckung des Existenzminimums geringer zu gewichten als das staatliche Rückförderungsinteresse.

Die Argumentation des Bundesrates betreffend die Unterdeckung des Existenzminimums wird gestützt. Es ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Betroffenen sich und ihrer Familie in keiner Weise einen Vorteil verschafft haben. Denn der Erstattungsverzicht findet lediglich Anwendung, soweit der SGB II-Anspruch ausgeschlossen oder gemindert wird. Damit wird letztlich nicht mehr als der Grundbedarf der Familie abgedeckt. Durch die Anrechnung des Kinderzuschlags bei der rückwirkenden Berechnung der SGB II-Leistung gefährdet jedoch eine gleichzeitige Rückforderung des Kinderzuschlags das Existenzminimum auch der betroffenen Kinder. Aus diesem Grund hält es die Bundesregierung für sachgerecht, in diesen Fällen insoweit gänzlich auf eine Erstattung zu verzichten.

Es entstehen allenfalls geringe nicht quantifizierbare Mehrausgaben.

Zu Buchstabe f (Absatz 12 - Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Doppelbuchstabe aa (neue Nummern 1 bis 3)

Der geltende § 68 Absatz 4 SGB IX stellt behinderte Jugendliche und junge Erwachsene während der Zeit einer Berufsausbildung schwerbehinderten Menschen gleich. Die Gleichstellung wird um die berufliche Orientierung erweitert. Dies ermöglicht den Integrationsämtern, künftig auch Mittel aus der ihnen zur Verfügung stehenden Ausgleichsabgabe zur Unterstützung der beruflichen Orientierung behinderter Jugendlicher einzusetzen. Damit können die Integrationsämter ergänzend dazu beitragen, den Landesanteil für die berufliche Orientierung aufzubringen, etwa im Rahmen der Initiative Bildungsketten. Die Anpassung der Satzes 3 soll zu einer besseren Verständlichkeit beitragen, inhaltliche Änderungen sind mit der redaktionellen Änderung nicht verbunden.

Die Integrationsämter leisten begleitende Hilfen im Arbeitsleben ab einem Beschäftigungsumfang von 15 Stunden wöchentlich. Dieser Schwellenwert wird für Integrationsprojekte im Sinne des § 132 auf zwölf Stunden wöchentlich herabgesetzt, um vor allem auch schwerbehinderte Menschen, die eine Beschäftigung nur mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden, beispielsweise in Form der Zuverdienstbeschäftigung ausüben können, mit Unterstützung des Integrationsamtes an eine Beschäftigung heranzuführen.

Zu Doppelbuchstabe bb

Folgeänderung zu Doppelbuchstabe aa.

Zu Buchstabe g (neue Absätze 14 und 15)

(Absatz 14 - Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit)

Aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts sowie zur Änderung der Zivilprozessordnung und kostenrechtlicher Vorschriften vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2018) treten zum 1. Januar 2017 Änderungen zum vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger nach §§ 249 ff des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) in Kraft. Im Gesetzgebungsverfahren wurde eine sich auf Grund eines Änderungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU und SPD (Ausschussdrucksache 18 (6) 149) ergebende Folgeregelung nicht berücksichtigt und soll nun bis zum Inkrafttreten der Änderungen im vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger nachgeholt werden.

Absatz 15 -

Änderung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung)

Folgeänderung zu Artikel 3 Absatz 12 Nummern 1 und 3.

Zu Nummer 4 (Änderung des Artikels 4 - Inkrafttreten)

Zu Buchstabe a (Absatz 2)

Die in Artikel 3 Absatz 14 neu eingefügte Regelung soll ebenfalls zum 1. Januar 2017 in Kraft treten, weil es sich dabei um eine Folgeänderung des FamFG zum 1. Januar 2017 handelt.

Zu Buchstabe b (Absatz 3)

Die in Artikel 3 Absatz 7 Nummer 2 genannten Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Juli 2016 in Kraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens berücksichtigt, dass die Errechnung der Vergleichseinkommen nach § 30 Absatz 5 Satz 5 Bundesversorgungsgesetz (BVG) zum 1. Juli eines jeden Jahres erfolgt und die Ände-

zung des § 30 Absatz 5 Satz 4 und 5 BVG bereits für die Errechnung der Vergleichseinkommen ab 1. Juli 2016 Anwendung finden kann.